

Entschließung

des Nationalrates vom 21. Jänner 2026

betreffend Ethical Hacking straffrei stellen – Proaktives Aufdecken von Sicherheitslücken mit dem Ziel der Erhöhung der Cybersicherheit

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz und der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert,

1. einen praxisorientierten Leitfaden für das verantwortungsvolle Offenlegen von Sicherheitslücken (Coordinated Vulnerability Disclosure) zu erarbeiten, der klare Kriterien und Verfahrensweisen für ethisches Hacking definiert und sowohl Sicherheitsforscher:innen als auch betroffenen Organisationen Orientierung bietet;
2. die bestehenden straf- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen dahingehend zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen, dass für ethisch handelnde Sicherheitsforscher:innen, die Schwachstellen verantwortungsvoll melden, Rechtssicherheit besteht.